

An die  
lokalen Medien

03.06.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 02.06.03

### Presseerklärung

#### 1. Schadstoffbelastung an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule

Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit Faserstäube aus Mineralfaserdämmstoffen für Krankheiten und Todesfälle an der Schule ursächlich verantwortlich sind, ist festzustellen, dass eine krebsauslösende Wirkung dieser Stäube nicht auszuschließen ist (s. Anl.). Ängste vor dieser potenziellen Gesundheitsgefahr müssen ernst genommen und können nicht mit dem Hinweis auf Unterschreitung der Grenzwerte aufgelöst werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für den einzig gangbaren Weg, jegliches Gefährdungspotenzial in den Räumen der Geschwister-Scholl-Gesamtschule vollständig auszuschließen, um SchülerInnen und Lehrpersonal die Angst vor einer schweren Erkrankung zu nehmen. Das bedeutet in jedem Fall eine Einkapselung und vollständige Abdichtung der Austrittsmöglichkeiten von Faserstäuben in allen Räumen, in denen Mineralfaserstoffe zur Dämmung verwendet wurden. Allein das tägliche Wischen der Räume ist keine akzeptable Lösung.

### **Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Darüber hinaus sollte die auffällige Häufung von Todesfällen und Krankheiten ernst genommen werden. Es ist zu überprüfen, ob es sich statistisch gesehen tatsächlich um eine ungewöhnlich hohe Zahl an Todesfällen handelt und welche Krankheitsauslöser auch im Vergleich zu anderen Schulen in Frage kommen. Das Gesundheitsamt ist gefordert, den Ursachen so weit wie möglich auf den Grund zu gehen. Dies ist auch im Hinblick auf weitere belastete öffentliche Gebäude dringend erforderlich. Grundsätzlich gilt auch für ähnlich gelagerte Fälle, dass jedes Restrisiko ausgeschlossen werden muss. Das ist im Fall der „alten“ Mineralstoffe mit wenig technischem Aufwand zu realisieren und sollte ohne Zeitverzug erfolgen.

Im Schulausschuss werden wir einen entsprechenden Antrag stellen, der sich auf eine praktikable Lösung für die aktuell betroffene Schule bezieht.

#### 2. HansasträÙe

Die Diskussion in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen zur Gestaltung der Hansastrasse nahm insofern einen absurden Verlauf, als über offensichtlich informell weitergegebene Informationen entschieden wurde, die gar nicht Bestandteil der Beschlußvorlage waren. Im Ergebnis wurde Stadtrat Fehle mann der Freibrief erteilt, über 280.000 Euro für die Erweiterungsfläche des Hansplatzes zu verfügen, ohne zu spezifizieren, in welcher Weise die Gestaltung erfolgen soll.

Kompliziert wird diese Entscheidung durch die zeitgleiche Befassung mit den Ergebnissen des Studentischen Wettbewerbs zur städtebaulichen Aufwertung der Hansastrasse, die gemäß den Vorstellungen der ersten Preisträger als grünes Band ausgestaltet werden soll. Zusätzlich zu berücksichtigen ist die Notwendigkeit, die Flächen in der Höhe des Hansplatzes für die Markthändler zugänglich zu machen. Unklar ist wiederum, ob im Zuge der Überlegungen zur HansasträÙe auch gleich die Komplettumgestaltung des Hansplatzes einschließlich Plattenbelag in die Wege geleitet werden soll. Dazu gibt es bisher (abgesehen von der Errichtung des Glasfisches) keine eindeutige Positionierung der Politik.

Vor dem Hintergrund der Diskussion im Ausschuss, in dem zugesagt wurde, die Art und Weise der Gestaltung vorzustellen, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜDNEN beantragen, dass die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt nicht verausgabt werden, sondern lediglich ein provisorisches Minimum realisiert wird, bis die Planungen für die Umgestaltung der Hansastrasse konkretisiert und möglicherweise auch für den Hansaplatz Veränderungen gewünscht oder erforderlich sind. Konkret werden wir beantragen, dass lediglich die Schienen abgedeckt, eine Radweg markiert und die Begrenzung zum Hansaplatz entfernt wird. Alle weiteren Maßnahmen erfolgen, wenn die Gesamtkonzeption schlüssig und planerisch vorbereitet ist.

#### 3. Flughafenentwicklung



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

Nachdem die Verspätungsregelung für Landeanflüge in Kraft getreten ist, gibt es auch die Erlaubnis für den nächtlichen Start einer Maschine, die verspätet eingetroffen war und

demzufolge nicht pünktlich starten konnte. Unabhängig davon, dass in diesem Fall die Bezirksregierung eingeschaltet werden musste, bestätigt sich unsere Vermutung, dass mit der Lockerung der Begrenzungen für die Nutzung des Flughafens eine allmähliche Aufweichung der ursprünglichen Bestimmung des Flughafens erfolgt. Dazu passt, dass im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes Dortmund als internationaler Verkehrsflughafen genannt ist. Auch die Verlängerung der Start- und Landebahn scheint angesichts der verheerenden finanziellen Situation des Flughafens keineswegs mehr tabu zu sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diese Überlegungen angesichts der Passagierrückgänge und Einbrüche in der Vergangenheit kritisieren und entsprechende Planungen bekämpfen. Den Vorfall des verspäteten Starts werden wir im Aufsichtsrat thematisieren.